

Frankfurter Allgemeine

Reinhard Olt im deutschen Tagblatt vom 4. August 2007 zum Fall der Studentin Hedvig Malina, die zusammengeschlagen wurde, weil sie in der Öffentlichkeit Ungarisch sprach:

Ein Jahr verstrich, bis die slowakischen Behörden eingestanden, dass Hedvig Malina Opfer eines Überfalls wurde: Unbekannte hatten die Studentin am 25. August 2006 in Neutra (Nitra; Nyitra) zusammengeschlagen, weil sie in der Öffentlichkeit Ungarisch sprach.

„Tod den Parasiten“ und „Verschwindet auf die andere Donauseite“, schrieben sie auf ihre Bluse. Die der ungarischen Minderheit angehörende Slowakin schleppte sich mit Bauch- und Kopfverletzungen in ein Krankenhaus. Doch weder glaubte ihr die Polizei, noch verurteilten slowakische Politiker die Tat. Mehr noch: Man bezichtigte sie der Unwahrheit. Und als ihr Fall als Beispiel rassistisch motivierter Gewalt extremistischer Slowaken internationale Aufmerksamkeit zu erlangen drohte, wurde das Opfer sogar wegen angeblicher Falschaussage verurteilt.

Weder Staatsanwaltschaft noch Gericht machten sich die Mühe der Aufklärung. Laut slowakischem Regierungschef Fico reichten die polizeilichen Ermittlungen aus. Die Täter

blieben unbehelligt. (Das Thema wurde nebst Fico auch vom ungarischen Premier Gyurcsany „als nicht von politischer Natur, folglich für belanglos erachtet“, (Anmerkung der Redaktion))

(...) Wie Miklós Duray, stellvertretender Vorsitzender der Partei der ungarischen Koalition (SMK) in der Slowakei, sind auch Repräsentanten anderer Parteien und Verbände magyarischer Volksgruppen, die sich dieser Tage am Plattensee mit heimischen Politikern zum Gedankenaustausch trafen, über solche Geschehnisse entrüstet. Ähnliche Vorkommnisse trugen sich in der zu Serbien gehörigen Vojvodina zu, wo nicht nur Angehörige der ungarischen, sondern auch der kroatischen Minderheit in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Krasse Fälle der Diskriminierung und Missachtung von Minderheitenrechten sind aus Siebenbürgen bekanntgeworden, wo beispielsweise an der vorgeblich multikulturellen Universität Klausenburg (Cluj; Kolozsvár) zwei Hochschullehrer entlassen wurden, weil sie an Hörsälen, Übungs- und Amtsräumen Türschilderaufschriften in ihrer ungarischen Muttersprache anbrachten. Dieses Falles hat sich Michl Ebner, Abgeordneter der Süd-

tiroler Volkspartei (SVP) im Europäischen Parlament, angenommen und dem rumänischen EU-Kommissionsmitglied für Minderheitenschutz, Orbán, unangenehme Fragen gestellt.

Doch das slowakische Verhalten in der Angelegenheit Malina lässt die EU und ihre in Wien angesiedelte Grundrechte-Agentur – ehemals „Euro-

päische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)“ – offenbar kalt. (...)

Für Duray ist mit der Koalitionsregierung Fico, der auch die Nationalpartei (SNS) des wegen seiner Ausfälle gegen ethnische Minderheiten bekannten Ján Slota angehört, die „aggressive Ungarnfeindlichkeit in der Slowakei wie-

derauferstanden“. Nach Ansicht Durays muss die SMK ein Autonomie-Konzept für die ungarische Minderheit ausarbeiten. Seiner Meinung nach ist es auch notwendig, das Kapitel Benes-Dekrete (Enteignung auch der ungarischen Minderheit) wieder zu öffnen.

Derweil sorgt der in der Gemeinde Moca (Dunamocs) bei Komorn (Komárom; Komárno) gegründete „Südrat für Selbstbestimmung“ für Aufregung. Er tritt laut seinem Initiator,

dem Unternehmer János Bósza, unumwunden für Autonomie ein, und zwar „für territoriale, nicht für ethnische“. Die Südslowakei habe eigene Interessen, und zu deren Vertretung und Verteidigung müssten sich dort lebende Ungarn, Slowaken und Zigeuner zusammenschließen. Die Ungarn-Partei distanziert sich ebenso von der Initiative wie der Bürgermeister der Gemeinde. Aus gutem Grund: In der Südslowakei bilden die ethnischen Ungarn die Mehrheit. Nicht nur für Slota und seine SNS steht die SMK hinter dem Vorhaben, dessen Ziel „Abspaltung und Anschluss an Ungarn“ sei. Dabei dürfte Bósza mehr eine Entwicklung vor Augen sehen, wie sie Südtirol genommen hat, das mit Hilfe der auf Ausgleich bedachten Selbstverwaltung zum europäischen Musterbeispiel der Bereinigung eines ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Minderheitenkonflikts geworden ist.

(...) Für den slowakischen Außenminister Kubis etwa musste sogar das Amselfeld (Kosovo, Anm.) zur Warnung vor angeblich finsternen ungarischen Machenschaften herhalten. Die Kosovo-Frage dürfe im Weltsicherheitsrat nicht als Präzedenzfall betrachtet werden, sonst könnten sich die Magyaren in der Slowakei hinsichtlich ihres Autonomiebegehrens darauf berufen. (...)

Reizwort Autonomie

Verbreitungsgebiet der ungarischen Minderheit



Dolomiten-Infografik: J. Markart/Quelle: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“